
Sendesperrfrist: 1. September 2011, 11:15 Uhr MESZ

Dr. Jens Weidmann
Präsident
der Deutschen Bundesbank

**Ansprache zum Amtswechsel des Präsidenten der
Hauptverwaltung Hannover**

in Hannover
am Donnerstag, 1. September 2011

– Es gilt das gesprochene Wort –

Seite 1 von 12

Inhalt

1	Begrüßung	2
2	Zur aktuellen Lage	3
	2.1 Rasche Erholung nach dem konjunkturellen Einbruch	3
	2.2 Finanzmarktregulierung.....	4
	2.3 Staatsschuldenkrise	7
3	Amtswechsel.....	9
	3.1 Werner Ehlers	9
	3.2 Stephan von Stenglin	11
4	Schluss	12

1 Begrüßung

Sehr geehrter Herr Minister Möllring,
sehr geehrte Frau Ehlers, sehr geehrter Herr Ehlers,
sehr geehrte Frau von Stenglin, sehr geehrter Herr von Stenglin,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie heute so zahlreich hier erschienen sind, um Herrn Werner Ehlers würdig aus dem Amt des Präsidenten der Hauptverwaltung Hannover zu verabschieden. Gleichzeitig begrüßen wir Herrn Stephan von Stenglin als neuen Präsidenten.

Herr Ehlers bekleidete das Amt des Präsidenten in der Hauptverwaltung Hannover seit März 2009. Zum damaligen Zeitpunkt hatte die deutsche Volkswirtschaft gerade den schlimmsten Einbruch der Nachkriegszeit durchlaufen. Der wirtschaftliche Ausblick war überaus düster – Sie erinnern sich vielleicht noch an Prognosen einer Arbeitslosigkeit von 5 Millionen. Die Lage im Finanzsystem war von massiven Verwerfungen gekennzeichnet, und

Reformanstrengungen für ein stabileres Finanzsystem standen noch ganz am Anfang. Seitdem hat sich das Bild grundlegend gewandelt: Einerseits haben sich Konjunktur und Finanzsystem insgesamt deutlich erholt, und die Reformen für ein stabileres Finanzsystem sind merklich vorangekommen. Andererseits sieht sich die Währungsunion mit der Staatsschuldenkrise vor der größten Belastungsprobe seit ihrem Bestehen. So ist auch das zuletzt wieder gestiegene Misstrauen an den Finanzmärkten vor allem auf die momentane Unsicherheit über den politischen Prozess zur Lösung der Staatsschuldenkrise zurückzuführen. Hierin zeigt sich die Dringlichkeit einer langfristigen und nachhaltigen Lösung der Staatsschuldenkrise. Eine solche Lösung kommt um strukturelle Anpassungen und rasche, glaubwürdige Konsolidierungsmaßnahmen in den betroffenen Ländern nicht herum. Und sie muss gewährleisten, dass zukünftig ausreichend Anreize zu soliden Staatsfinanzen innerhalb der Währungsunion bestehen.

Lassen Sie uns daher zunächst einen Blick auf die aktuelle Lage werfen, bevor ich mich dem eigentlichen Anlass diese Feier zuwende.

2 Zur aktuellen Lage

2.1 Rasche Erholung nach dem konjunkturellen Einbruch

Verglichen mit der Situation vor zwei Jahren hat sich die Konjunktur weltweit deutlich erholt. In Deutschland hat die Wirtschaftsleistung mittlerweile den krisenbedingten Einbruch in etwa wettgemacht. Die maßgeblichen Triebkräfte für die überaus dynamische Erholung der deutschen Wirtschaft waren dabei zunächst die rasche Erholung von Weltwirtschaft und Welthandel, dann aber zunehmend auch Impulse von der Binnenwirtschaft.

Blickt man auf den deutschen Außenhandel, zeigten und zeigen sich die deutschen Unternehmen gut aufgestellt: Vordergründig konnten sie vor allem davon profitieren, dass mit der Erholung der Weltwirtschaft die Nachfrage nach hochwertigen Kapitalgütern und langlebigen Konsumgütern wieder kräftig anzog. Blickt man jedoch tiefer, ist das gute Abschneiden während der Krise auch der Lohn von Reformprozessen in früheren Jahren, etwa der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und unternehmensinterner Anpassungen. Die deutsche Volkswirtschaft wurde dadurch deutlich widerstandsfähiger, und diese Reformdividende kann und sollte auch ein Ansporn für die notwendigen Anpassungen in anderen Mitgliedsländern des Euro-Raums sein.

Obwohl Sie wahrscheinlich gerade im gegenwärtigen Umfeld anderes erwarten, möchte ich auf Ausführungen zur aktuellen Konjunkturentwicklung ebenso wie zur Geldpolitik verzichten. Denn im EZB-Rat ist es üblich, sich in der Woche unmittelbar vor der ersten Ratssitzung im Monat, der so genannten Purdah-Periode, nicht zu diesen Themen zu äußern.

2.2 Finanzmarktregulierung

Stattdessen möchte ich auf die eingangs erwähnte Reform der Finanzmarktregulierung zurückkommen. Regulierungsfragen sind überaus komplex und geraten in der öffentlichen Wahrnehmung zudem leicht in den Schatten der Staatsschuldenkrise. Dies darf aber kein Anlass sein, in den Reformanstrengungen nachzulassen. Schließlich waren regulatorische Lücken und Schwächen die Hauptursache für das Entstehen der Finanzkrise und die sich anschließende Rezession.

Bei der Frage nach dem richtigen Ansatz für dieses Reformvorhaben scheinen mir zwei Dinge wichtig, um schwere Krisen künftig weniger wahrscheinlich werden zu lassen und so die Steuerzahler besser zu schützen: Erstens darf nicht das Risiko „Markt(versagen)“ durch das Risiko „Staat(sversagen)“ ersetzt werden. Schließlich ist selbst ein starker, unmittelbarer staatlicher Einfluss im Bankensystem durchaus keine Garantie für Krisenfestigkeit. Vielmehr gilt es, einen stabilen regulatorischen Rahmen für die Märkte zu schaffen, um Auswüchse und riskantes Verhalten zulasten der Allgemeinheit zu verhindern. Zweitens darf die Regulierungsreform nicht nur auf Basis der spezifischen Probleme der letzten Krise konzipiert werden. Die nächste Krise kann aus einer ganz anderen Richtung kommen. Daher sollten wir versuchen, die Finanzmärkte insgesamt widerstandsfähiger machen, statt Einzelfälle zu regeln.

Ansatzpunkt für entsprechende Reformen ist zunächst die kleinste Einheit des Systems: die einzelne Bank. Hier wurde mit den Basel-III-Regeln bereits viel erreicht. Verschärfte Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften werden Banken krisenfester machen und nutzen so auch der gesamten Volkswirtschaft.

Doch es reicht nicht, nur die einzelne Bank zu stärken. Es müssen auch systemische Risiken begrenzt werden. Diese gehen zwar von einer begrenzten Quelle aus, können aber das gesamte Finanzsystem bedrohen. Zwei dieser Quellen sind bislang regulatorisch noch nicht ausreichend erfasst: Systemrelevante Institute, sogenannte SIFIs, und Schattenbanken.

SIFIs sind so groß oder vernetzt, dass ihr Zusammenbruch das gesamte Finanzsystem beeinträchtigen kann. Dies birgt den Anreiz zu risikoreichem Verhalten, weil SIFIs damit rechnen können, in jedem Fall gerettet zu werden. Um dem zu begegnen, müssen SIFIs

erstens über mehr Eigenkapital widerstandsfähiger gemacht werden. Und zweitens müssen wir sicherstellen, dass im Fall eines Zusammenbruchs das betreffende Institut abgewickelt werden kann, ohne den Rest des Systems zu sehr in Mitleidenschaft zu ziehen. In Deutschland wurde mit dem Restrukturierungsgesetz bereits ein entsprechendes Verfahren etabliert.

Die skizzierte schärfere Regulierung der Banken birgt jedoch die Gefahr, dass Aktivitäten in kaum regulierte Bereiche abwandern und dort neue systemische Risiken schaffen. Zu diesen Bereichen gehört auch das Schattenbankensystem (SBS). Es umfasst grob gesprochen alle Akteure, die bankähnliche Funktionen wahrnehmen, aber nicht entsprechend reguliert werden. Dabei handelt es sich keineswegs um illegale Aktivitäten, auch wenn die sprachliche Nähe zur Schattenwirtschaft dies vielleicht suggerieren mag. Vielmehr nehmen die Schattenbanken oftmals spezialisierte Aufgaben wahr, die gesamtwirtschaftlich durchaus nützlich sein können. Deshalb sollte man sie nicht einfach verbieten. Es gilt, sie zu beobachten und wenn nötig zu regulieren.

Sowohl für die Regulierung systemrelevanter Institute als auch für einen besseren Umgang mit dem Schattenbankensystem sind international abgestimmte Regeln besonders wichtig. Wo stehen wir bei diesen Vorhaben? Angestrebt und weiter realistisch ist die Verabschiedung international abgestimmter Leitlinien auf dem nächsten G20-Gipfel im November. Die Konkretisierung erfolgt dann im Anschluss national und auf Ebene der EU.

Die Bundesbank ist an verschiedenen Stellen in den Reformprozess eingebunden. Sie wird auch in der praktischen Umsetzung eine wichtige Rolle spielen und so das ihre dazu beitragen, das deutsche Finanzsystem stabiler und widerstandsfähiger zu machen – angefangen bei der Institutsaufsicht, in der die Hauptverwaltungen eine wichtige Rolle

spielen, bis hin zur Beobachtung des Finanzsystems als Ganzes. Dies ist umso wichtiger, als ein stabileres Finanzsystem auch länderübergreifende Ansteckungseffekte reduziert, die ja ein Grund für die Brisanz der Staatsschuldenkrise sind.

2.3 Staatsschuldenkrise

Ich habe eingangs die Staatsschuldenkrise als die bisher schwerste Belastungsprobe für die Währungsunion bezeichnet. Hinlänglich bekannt sind inzwischen die Hauptursachen für das Entstehen der Krise. Es gab anhaltende finanzpolitische und gesamtwirtschaftliche Fehlentwicklungen in einzelnen Mitgliedsländern, die unzureichend geahndet wurden. Es fehlte am politischen Willen, die vereinbarten Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts konsequent um- und durchzusetzen. Nach dem Ausbruch der Finanzkrise rückte die fehlende Nachhaltigkeit dieser Entwicklungen immer stärker in den Blickpunkt der Anleger, bis schließlich im Frühjahr des Jahres 2010 die erste krisenhafte Zuspitzung erfolgte.

Auf die Staatsschuldenkrise haben Geld- und Finanzpolitik mit umfangreichen Gegenmaßnahmen reagiert. Diese Maßnahmen haben das bisherige Rahmenwerk der Währungsunion allerdings spürbar strapaziert und die Grenzen zwischen der Verantwortung der Geldpolitik auf der einen Seite und der Finanzpolitik auf der anderen Seite verwischt. Auf die Dauer belastet dies das Vertrauen in die Notenbanken, und für die Geldpolitik gilt es deshalb, die übernommenen zusätzlichen Risiken wieder zurückzuführen. Entscheidungen über weitere Risikoübernahmen müssen von den Regierungen und Parlamenten getroffen werden, nur sie sind dazu demokratisch legitimiert.

Mit den Beschlüssen vom 21. Juli ist die Politik dieser Verantwortung insoweit nachgekommen, als keine zusätzlichen Risiken auf das Eurosystem übertragen wurden,

sondern im Gegenteil eine gewisse Risikoabschirmung vereinbart wurde. Indem aber auch umfangreiche zusätzliche Risiken auf die Hilfe leistenden Länder und deren Steuerzahler verlagert werden, hat der Euro-Raum einen großen Schritt hin zu einer Vergemeinschaftung von Risiken im Falle unsolider Staatsfinanzen und gesamtwirtschaftlicher Fehlentwicklungen gemacht. Im Gegenzug wurden die Kontroll- und Einflussmöglichkeiten auf die nationalen Finanzpolitiken jedoch nicht spürbar verstärkt. Damit droht der institutionelle Rahmen der Währungsunion zunehmend an Konsistenz zu verlieren. Denn während die Finanzpolitik weiter durch demokratisch legitimierte Parlamente auf nationaler Ebene festgelegt wird, werden daraus resultierende Risiken und Belastungen zunehmend durch die Gemeinschaft und insbesondere finanzstarke Länder aufgefangen. Sollte sich an diesem Ungleichgewicht nichts ändern, so dürfte es künftig noch schwieriger werden, die Anreize für solide Finanzpolitiken aufrechtzuerhalten. Solch eine Lösung ist nicht geeignet, die Unsicherheit an den Finanzmärkten einzudämmen. Sie setzt überdies die Geldpolitik dem verstärkten Druck zu einer lockeren Ausrichtung aus.

Eine nachhaltige Lösung der Staatsschuldenkrise muss aber über die Behandlung von Krisensymptomen hinausgehen. Eine Option ist, den Schritt zu einer echten Fiskalunion und damit einer Entmachtung der nationalen Finanzpolitik zu machen. Will oder kann man diesen Weg aber nicht gehen, so müssen der bislang vertraglich vorgeschriebene Haftungsausschluss und die damit einhergehende Disziplinierung der nationalen Finanzpolitiken über die Kapitalmärkte gestärkt werden, statt sie vollständig zu entkernen.

3 Amtswechsel

Damit möchte ich meinen Anmerkungen zur aktuellen Lage aber bewenden lassen und zum eigentlichen Anlass dieser Feier zurückkehren: dem Wechsel im Amt des Präsidenten der Hauptverwaltung Hannover.

3.1 Werner Ehlers

Die Hauptverwaltungen sind neben ihrer Rolle in der operativen Bankenaufsicht ein wichtiges Bindeglied der Bank zu Bürgern, Unternehmen und Finanzinstituten in den einzelnen Regionen. Sie tragen mit dazu bei, dass die geldpolitischen Entscheidungen der Notenbanken für die Menschen nachvollziehbar werden und leisten insbesondere in der Krise wichtige Aufklärungsarbeit, sei es bei Fragen zu den Krisenursachen oder zu deren Bewältigung. Ihnen, lieber Herr Ehlers, ist diese Aufgabe in den letzten beiden Jahren als Präsident der Hauptverwaltung Hannover zugefallen, und Sie haben sie mit Bravour gemeistert. Sie hatten stets ein offenes Ohr für die Belange der Menschen. Und sie waren ein gefragter Ansprechpartner für die regionale Wirtschaft, Kreditinstitute und die Landespolitik, deren Vertreter auch heute zugegen sind und im Anschluss an meine Rede das Wort ergreifen werden.

Die beiden Jahre als HV-Präsident bilden zugleich einen würdigen Abschluss Ihrer langjährigen und überaus vielseitigen Tätigkeit für die Deutsche Bundesbank. Vor 36 Jahren begannen Sie als Referendar bei der damaligen Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen. Bevor Sie im Zuge der Strukturreform zur Zentrale nach Frankfurt wechselten, hatten Sie in der Landeszentralbank Führungspositionen in den Bereichen Controlling, IT, Organisation, unbarer Zahlungsverkehr und Revision inne. In Frankfurt konnten Sie dann dieses breite

Spektrum an Einsatzfeldern noch um den Barzahlungsverkehr erweitern und wurden im weiteren Verlauf stellvertretender Leiter dieses Zentralbereichs.

In all den Jahren haben Sie Ihren Erfahrungsschatz aber auch dadurch bereichert, dass Sie Ihr berufliches Know-how an andere weitergaben, sowohl im nationalen Rahmen als Lehrbeauftragter der FH Hachenburg, als auch international durch Beratungstätigkeiten in zahlreichen Ländern. Einer der Höhepunkte war sicherlich in den neunziger Jahren die Beratung des damaligen ukrainischen Zentralbankgouverneurs und späteren Staatspräsidenten Juschtschenko, die Sie im Auftrag des IWF übernahmen. Doch wird selbst diese Tätigkeit durch einen weiteren Auftrag und eine große Herausforderung in den Schatten gestellt: Ihre Mithilfe bei der Bargeldeinführung in Afghanistan. Einer Bitte des afghanischen Präsidenten Karzai folgend, wurden Sie im Jahr 2002 von Bundesbank und Bundesregierung nach Kabul entsandt, um bei der Einführung einer neuen Währung unterstützend zur Seite zu stehen. Dazu mussten zum einen unter denkbar schwierigen Bedingungen neue Banknoten hergestellt und bis in die unwegsamen Bergregionen verteilt werden. Zum anderen bedurfte es der Vernichtung alter Bargeldbestände, ein nicht weniger schwieriges Unterfangen. Umso bemerkenswerter ist, dass dieses Projekt in nur einem Jahr erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

Als Präsident der Hauptverwaltung Hannover konnten Sie in gewisser Weise beide Teile Ihres vorangegangenen beruflichen Werdeganges vereinen. Während bei der Organisation und dem Betrieb der Hauptverwaltung Ihre umfangreiche Kenntnis der Innenbereiche der Bank zum Tragen kam, konnten Sie beim Repräsentieren der Bank nach außen auf Ihre international gewonnenen Erfahrungen zurückgreifen.

Zum 1. August dieses Jahres haben Sie den Präsidentenstab an Ihren Nachfolger, Stephan von Stenglin, übergeben. Dass Sie ihm ein wohl bestelltes Feld überlassen haben, davon konnte er sich im ersten Monat seiner Amtszeit sicherlich schon überzeugen. Umgekehrt können Sie sich sicher sein, dass sich der Stab auch weiterhin in guten Händen befindet.

3.2 Stephan von Stenglin

Herr von Stenglin hat ebenfalls eine im wahrsten Sinne des Wortes sehr bewegte berufliche Laufbahn hinter sich. Von Beginn an lag der Fokus seiner Tätigkeit bei der Bundesbank auf internationalen Fragestellungen. So begann er seine Laufbahn nach Abschluss des Referendariats im Jahr 1988 im Zentralbereich Internationale Beziehungen, wohin er auch in den folgenden Jahren zwischen zahlreichen Auslandsaufenthalten immer wieder zurückkehrte. Einen Großteil seines beruflichen Werdeganges verbrachte er jedoch im internationalen Umfeld: zunächst von 1990 bis 1992 als Berater des deutschen Exekutivdirektors beim IWF, wenig später als Repräsentant der Bundesbank und Finanzattaché an der Deutschen Botschaft in Rom, wo er die Endphase der Vorbereitungen zur Europäischen Währungsunion miterlebte. Zuletzt hielt er seit 2006 den Posten des stellvertretenden deutschen Exekutivdirektors beim IWF inne und hat als solcher bei der Bewältigung der Finanz- und Wirtschaftskrise an vorderster Front mitgewirkt.

Mit dem Wechsel zur Hauptverwaltung Hannover haben Sie nun die Belange der Region Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Bremen im Fokus. Doch hat in einer zunehmend verflochtenen Welt die Relevanz internationaler Fragestellungen auch auf der regionalen Ebene an Bedeutung gewonnen. Wer wäre also besser dafür geeignet, hier eine Brücke zu schlagen, als jemand, der nicht nur die weite Welt sondern auch die Region selbst sehr gut kennt. Herr von Stenglin kehrt nämlich als gebürtiger Niedersachse in seine Heimat zurück.

4 Schluss

Die Bundesbank und insbesondere die Hauptverwaltung Hannover können sich am heutigen Tage zugleich traurig und glücklich schätzen. Traurig, weil mit Ihnen, Herr Ehlers, ein langjähriger und überaus verdienter Mitarbeiter und Präsident der Hauptverwaltung Hannover verabschiedet wird. Glücklich, weil die Bank in Ihnen, Herr von Stenglin, einen sehr geeigneten Nachfolger gefunden hat. Eine gute Botschaft für die Bundesbank ist außerdem, dass Herr Ehlers der Bank als Berater im Rahmen der Technischen Zentralbankkooperation auch weiterhin erhalten bleiben wird.

Damit möchte ich Ihnen, lieber Herr Ehlers, alles Gute für Ihren weiteren Lebensweg wünschen, auf dem Sie neben der bereits wohl bekannten Tätigkeit für die Bank im Privaten noch eine ganz neue und sehr schöne Aufgabe erwartet. Denn wie ich gehört habe, sind Sie erst kürzlich Großvater geworden.

Ihnen Herr von Stenglin wünsche ich viel Erfolg bei Ihrer neuen Aufgabe und freue mich auf eine gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

* * *